

Für eilige Leser

am Sonnabend morgen.

Das amerikanische Kabinett will noch einer englischen Meldung dem Kongress eine Entschädigung des Schadens vorlegen, daß der Kriegszustand mit Deutschland seit dem 14. März eingetreten sei.

Die Bewaffnung amerikanischer Handelsdampfer wurde vom Staatsdepartement der Vereinigten Staaten befohlen.

Zwei angebliche deutsche Agenten in Nordamerika wurden nach Reuter zu je zwei Jahren Zuchthaus und je 500 Dollars Strafe verurteilt.

Die französische Presse gibt zu, daß der Vormarsch der Alliierten infolge des schlechten Wetters und der planmäßigen Verhinderung langsamer geworden sei.

Ueber die Einschränkung des Brotgetreideverbrauchs und die Erhöhung der Reichsteuern vom 15. April an wird jetzt eine amtliche Bekanntmachung veröffentlicht.

Der Reichstag führte die Aussprache über den Etat des Reichsamts des Innern zu Ende.

Wetteranfrage der amtlich. Landeswetterwarte: Meist trocken und heiter, keine wesentliche Temperaturänderung.

Jünger an dem Eisernen Kreuz-Band, das dieser trug und sagte, zu einem seiner Leute gewandt, auf deutsch: „Nieder damit.“ Auf diese Bemerkung hin kratzte ein Soldat und H. H. durch den Kopf getroffen, nach vorne über. Der Korporal beugte sich nun über den Erschrockenen, um nochmals an dessen Band und wiederholte den schon gemachten Ausruf: „Nieder damit.“ Dabei machte er mit dem einen Arm eine Bewegung durch die Luft, die sagen sollte, alles, was eine Auszeichnung trage, solle niedergeworfen werden. Die Hände sämtlicher Franzosen richteten sich nun nach uns, von uns hatte jedoch keiner eine Auszeichnung.

Dieser empfindliche Vorfall zeigt auf neue, wie tief das französische Volk gesunken ist, das durch ein solches Betragen seiner eigenen „Mittelmäßigkeit“ das Grab schaufelt. Anerkennung der Tapferkeit auch beim Gegner galt bisher als ein Gebot menschlicher Selbstachtung, dem sich sogar primitive Völker mit gefunden Instinkten nicht zu verweigern pflegen.

Die Lage in Petersburg.

Nach dem „Telegraph“ meldet der Vertreter der „Times“ aus Petersburg vom Mittwoch, daß die Fabriken wieder zu arbeiten beginnen. Den Putilow-Werken ist es gelungen, sich Kohlen zu verschaffen. Man hat aber wegen eines Verzögerung der sofortigen Einführung des Achtstundentages noch Schwierigkeiten mit den Arbeitern, besonders mit den Frauen. Der Trambetrieb ist fast normal. Der Plan, die Opfer der Revolution auf dem Blase vor dem Winterpalast zu begraben, wurde aufgegeben. Die Theater werden nach der Beilegung der Verhältnisse wieder eröffnet werden. (W. T. B.)

Die Haltung des russischen Heeres.

Einem Petersburger Telegramm zufolge führte der Oberkommandierende der Truppen, Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, gegenüber von Pressevertretern in Tiflis aus: Die neue Regierung ist nun Tatsache. Ein Zurückgehen zum alten Regime ist ausgeschlossen, und ich werde auch niemals einen Schritt nach rückwärts mehr gestatten. Ich glaube an den Sieg, wenn nur Ruhe im Lande herrscht. Ich schäme das Vertrauen des Volkes und bin sicher, daß die Regierung nur mit Unterstützung des Volkes imstande ist, der Anarchie vorzubeugen.“ Die Generale Ruzski, Radko Dimitriew und Kornilow, welche letzterer zum Chef der Petersburger Truppen ernannt wurde, haben einen Aufruf an die Truppen gerichtet, Ruhe und Ordnung zu bewahren, einzig zusammenzukommen, an der Disziplin festzuhalten, alle Kräfte nur auf das eine Ziel zu vereinigen, nämlich den Sieg über den Feind, der auf den günstigen Augenblick wartet, wie eine lebende Mauer über Russland zu sitzen und ihm den tödlichen Schlag beizubringen. Drukslow veröffentlichte von seinem Hauptquartier aus einen ähnlichen Aufruf, den die Regierung jedoch, wahrscheinlich aus guten Gründen, nicht mitteilte. Auch die provisorische Regierung erteilte einen Aufruf an das Heer, das Vaterland bis zum äußersten zu verteidigen. Der Aufruf schließt: „Soldaten, das Wohl des Vaterlandes liegt in euren Händen. Indem ihr tapfer kämpft gegen einen hartnäckigen Gegner, verteidigt ihr die Zukunft des freien Russlands, euer und eurer Kinder Glück.“

Handlungen der Petersburger Presse.

Die von seit Ausbruch der Revolution erstmalig wieder erscheinenden Petersburger Blätter hat die „Kowosje Wremja“ die bisherige reaktionäre Haltung über Nacht abgeworfen und stellt sich seitens zur Verfügung der neuen Regierung. Im Leitartikel wird ausgeführt: Der Kaiser hat seine gerechte Strafe für seine Sünden gegen das Volk, die er seit dem Tage seiner Thronbesteigung begangen. Nach weiter geht die „Ausgabe Wostok“, die ausführt, die außerordentliche Revolution der außerordentlichen Revolution ist eigentlich die Republik, die nicht nur die wirkliche innere Freiheit, sondern auch den Krieg zu Ende bringen würde. Die „Petropolit“ hat die bisherige Organ der rechtstaatlichen Gesellschaft, weiter plöblich gegen die „dickhäutigen Papen“ und verlangt Freimachung der Kirche vom Staat.

Nachmalige Abdankung des Zaren.

b. Die Moskauer „Ulro Rossii“ schildert, offenbar tendenziös, wie die Nachricht von der Revolution den Zaren erzeigte. Er war von der Zarin von der Front nach Jaroslaw Selo berufen worden, weil die kaiserlichen Kinder schwer erkrankt seien. Er fuhr in zwei Zügen, deren erster die Suite unter General Adolff führte. Freunde hatten dem Zaren Adolffs Telegramm vorenthalten und nur General Alexejew mitgeteilt, welcher den Zaren unruhig machte. In der Nacht zum 14. März hielt der Zug an der Station Wischera. Da bei Adolff drei Freunde, dem Zaren die Wahrheit mitzuteilen und ihm eine Schilderung der Ereignisse in Petersburg zu geben. Als das geschah, unterbrach der Zar sie und fragte: Warum erfahre ich das erst, wo es zu spät ist? Wenn nur der Kaiserin und den Kindern nichts geschieht, will ich gern nach Livadia fahren.“ Adolff entsetzte sich hierauf absetzende. Einer der Freunde, General Bojtschow, schlug vor, die Front zu öffnen und die Deutschen heranzulassen. Der Zar antwortete, er könne nicht Russland verraten. Die Palastgarde von Jaroslaw Selo wollte den revolutionären Widerstand leisten, worauf diese das kaiserliche Schloß mit Kanonen zu beschleßen drohten. Die Kaiserin zeigte ein solches Auftreten. Als eine revolutionäre Deputation sich ins Schloß zur Kaiserin begab, sagte sie, sie wolle nur als Mutter ihrer Kranken Kinder betrauert sein. Die Soldaten schlugen sehr vor, Jaroslaw Selo in „Soldatenselo“ (kaiserliches Dorf — Soldatendorf) umzutauften.

Nach einem anderen Bericht sagte der Zar weiter: Ich will zufrieden sein, wenn ich auf meinem Gut in Livadia wohnen darf, ich liebe Bäume und Blumen und will gern meine Tage dort beschleßen.“

Angehliche Friedensbedingungen des Zaren.

b. Genfer Meldungen zufolge sollen die Reichsduma-Abgeordneten im Besitze von Akten sein, wonach der Zar unter folgenden Bedingungen Frieden mit Deutschland zu schließen bereit gewesen wäre: Rückgabe Polens, Abtretung Russisch-Polens an das autonome Polen, Uebergabe des österreichischen Galizien an Russland, eine von Österreich allen Slawen zugesicherte Autonomie. Auf Grund dieser Tatsache sei der Zar zur Abdankung gezwungen worden.

Ein Amerikaner über Russlands Abhängigkeit von England.

Wir sind in der Lage, schreibt die „N. Y. Z.“, einen Jüngling zu unserer Kenntnis gelangten Brief eines Mitgliedes der amerikanischen Botschaft in Petersburg zu veröffentlichen. Der Brief ist auf einem mit dem Ausbruch „American Embassy Petrograd“ versehenen Klappbogen geschrieben und lautet in deutscher Uebersetzung, wie folgt:

Vieder Hobert!

Ich habe mich sehr über den Empfang Deiner kurzen Zeilen vom 6. Dezember und die Nachricht, daß der Dir alles wohl ist, gefreut. Sicherlich hast Du ein angenehmes Weihnachtsfest verbracht und den Besuch der Deiner Familie zu Danke genossen. Mir werden zwei mal Weihnachtsfesten, da die russischen Weihnachtsferien zwei Tage nach unserem Besuche gefeiert werden. Natürlich werden wir uns beide Besuche zuzugewandt machen. Ich habe mich an die höchsten Verbindungen gewandt und seit Beginn des Winters habe ich mich entschlossen, zunächst in Russland zu bleiben. Es bin jetzt in der österreichischen Botschaft beauftragt untergebracht. Das Leben hier ist sehr unheimlich teuer, die Preise steigen jeden Tag. Aber wenn ich mich zurückziehen kann, werde ich hier bleiben, bis ich mit etwas Besseres bietet. Wir sind nach wie vor sehr beschäftigt, namentlich in unserer Unterabteilung. Aber die Verbindungen werden sich jetzt glatte als alle zuvor, da unser Personal außerordentlich ist. Immerhin können wir noch weitere 50 Leute gebrauchen. Die Hauptaufgabe ist, daß die Leute nicht lange an der Arbeit bleiben; die meisten gehen infolge der hohen Kosten des Unterhalts weg. In dem meisten Fällen gibt man für den Unterhalt, Unterhaltung aus Amerika zu beziehen. Während der letzten Wochen war Petersburg in großer Aufregung über die Friedensverträge. Der deutsche Vorschlag kam nicht ganz unerwartet, aber Wilsons Vorschlag war der wichtigere. Die Idee, daß beide Vorschläge ungefähr zur gleichen Zeit kamen. Einer von beiden allein wäre wirkungslos gewesen. Immerhin wurden die Hoffnungen des Volkes dadurch gehoben und die Massen waren in wilder Aufregung, wenn auch die Vollauf alle Fundamente unterbrachte. Selbst in der Duma wählte die „Rechte“ angewandt werden, um die eucharistischen Mitglieder niederzuschlagen. Ein paar Tage fürchtete man, daß die Friedenspartei gewinnen würde, aber dann kam die englische Parole wieder aus Ruder. Wie ich habe, daß das arme Russland jetzt von den Engländern beherrscht wird. Kaum war man den „überwertigten“ Deutschen los, als der arrogante Seite sich ihrer bemächtigte. Jetzt sagt man, daß die russische Regierung seinen Kopfen ausgeben kann, ohne den englischen Vorkämpfer zu fragen. Selbst in der Duma scheute sich die Abgeordneten, zu reden, ohne die Billigung des englischen Vorkämpfers zu haben. Wenn Protopopoff eine Rede hielt, beobachtet er fortwährend Puchanin, als erbitte er dessen Genehmigung. Es ist Stadtpfarrer, daß England das einzige Land ist, das sich in der Frage der Friedensverträge zurückhält, und das die anderen Länder zu einem gleichen Verhalten anhält. Natürlich ist es am besten für Deutschland, schon dieses Jahr Frieden zu machen, denn am Ende des nächsten Jahres wird Russland in erschöpfender Verfassung sein. Man hat eben die Reorganisation der Transport- und Nahrungsmittelfrage bestimmt.

Was noch einmal etwas von Dir hören. Mit den besten Wünschen zum neuen Jahr und in der Hoffnung, Dich nächsten Sommer in Petersburg zu sehen, bin ich anständig Dein John.

Das französische Regierungsblatt über die russische Krise.

In den Vorläufen in Russland schreibt „Temps“ in einem Leitartikel, es tauche dort eine große Gefahr auf. Man verleihe schlecht, mit welcher Berechnung das Komitee der Arbeiter und Soldaten Beschlüsse diktiert, von denen man zum Mindesten sagen müßte, daß sie in Konfusion entstanden seien. Sollte sich die Revolution in eine Parodie umwandeln, so wäre die Zukunft der ganzen russischen Freiheit in Frage gestellt. Ferner würde auch die Festigkeit der russischen Heere Gefahr laufen. Wenn in Ermangelung einer Leitung, einer Methode, kurz einer Regierung, die Revolution die militärische Kraft Russlands schwächen würde, so wäre dies für Russland ein Schaden, der nicht wieder aufgemacht werden könnte. Angesichts der Anzeichen würde, so wäre dies für russische Volk nur vorläufig in der Bahn des Fortschritts geleitet werden. Nichts von, Miljutow und die anderen Minister stöhnten natürlicherweise der Genente mehr Vertrauen ein, als die unbekannten Redner des Arbeiterkomitees in Petersburg. (W. T. B.)

Der Unterseekrieg.

Aus Billingen kommt die Nachricht, daß der belgische Dampfer „Naxos“, der von der englischen Regierung requiriert war, vertrieben worden ist. (W. T. B.)

Der Dampfer „Verdicht“, von Cardiff nach Bordeaux mit Kohlen unterwegs, ist vertrieben worden. Drei Mann sind umgekommen. (W. T. B.)

Amerikanische Kriegsdrohungen.

b. Einer über England kommenden New Yorker Meldung zufolge ist das amerikanische Kabinett einstimmig dafür, im Kongress eine Resolution vorzulegen, daß der Kriegszustand mit Deutschland seit dem 14. März eingetreten sei. Wilson äußerte in dieser Beziehung noch, aber harte Einfälle seien am Werk, um eine Aktion selbst noch vor dem Zusammenritt des Kongresses herbeizuführen. Die „Times“ meldet aus Washington: Die Tatsache, daß Wilson den Kongress schon für den 2. April einberufen, anstatt, wie ursprünglich angekündigt, für den 17. April, ermäßigt dieses Körperlichkeit, schließlich den Kriegszustand zu erklären. Verschiedene Blätter kündigen an, die Regierung wolle auf dem (vorgeschlagenen) Rechte, bewaffnete Handelschiffe in neutrale Häfen einzuführen, bestehen. (Der Entschluß bewaffneter Handelschiffe wird heute nur noch von Holland und Schweden abgewiesen. Die Forderung würde also bedeuten, die holländischen und schwedischen Neutralitätsgrundsätze durch Drohungen abzuwandern.)

Amerikas Häfen den Entente-Kriegsschiffen geöffnet?

b. Der Pariser „Excelsior“ meldet aus Washington: Das Marine- und Kriegsdepartement erwägt die Möglichkeit der Eröffnung der amerikanischen Häfen für Kriegsschiffe der Alliierten.

Berurteilung Deutscher in Amerika.

b. Sanders und Bunnenberg, die unter der Anklage standen, Agenten im Dienste Deutschlands nach Irland und England geschickt zu haben, wurden nach Reuter zu je zwei Jahren Zuchthaus und zu je 500 Dollars Strafe verurteilt.

Eine allamerikanische Konferenz.

(Durch Funkgespräch vom Vertreter des S. I. B. Verspätet eingetroffen.) Associated Press meldet aus Washington: Fünf Regierungen des lateinischen Amerika haben im Prinzip eine formelle Anregung Ecuador's angenommen, daß Abgeordnete der Republiken Nord-, Süd- und Mittel-Amerikas zusammenkommen sollten, um die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um eine Meinungsäußerung an die Kontinente herbeizuführen, hauptsächlich, um die Rechte der Neutralen zu verbürgen, und wenn möglich, die Härten des Krieges zu erleichtern. Ecuador erwartet, daß die Annahme des Vorschlages von den übrigen Seiten bald erfolgen wird. (W. T. B.)

Deutscher Reichstag.

Berlin, 23. März. (Eig. Drahtmeld. unferes Berliner Mitarbeiters.) Im Reichstag erwiderte auf die Anfrage des Abg. Dr. Böhmermann (natl.), ob ein Reichsgesetz in Vorbereitung sei, nach welchem das Vermögen fahnenflüchtiger Wehrpflichtiger für die Reichskasse verfallen erklärt wird, wenn der Verurteilte sich nicht vorher stellt, ein Regierungsvertreter, daß die Verhandlungen mit den beteiligten Stellen darüber noch nicht abgeschlossen sind. — Abg. Werner-Glehen fragt an, ob der Reichskassier die Beschwerden abzunehmen gedenke, die in Danzwerferkreisen darüber erhoben werden, daß die von ihnen zu entrichtende Bezahlung der Kriegsgefangenen eine viel zu hohe ist, und daß den ungelerneten Kriegsgefangenen nach vier Monaten Tätigkeit in Handwerksbetrieben die Vergütung von gelerneten Gefangenen (Handwerkgelöhnen) bezahlt werden muß. Der Fragesteller begnügt sich mit schriftlicher Antwort. Das Gesetz zur Abänderung des Kaiserlichen wurde an einen Tier-Ausschuß verwiesen und dann die Aussprache beim Etat über das Reichsamt des Innern beim

Kanalbau

fortgesetzt. Der Hauptauschuß fordert die Regierung auf, zur Verhütung einer Großschiffahrtstraße von Rastenburg bis zur Reichsgränze eine erste Rate von 700 000 Mark einzulegen. Ein Antrag Reichsling (Sp.) fordert gleichfalls Bauarbeiten für einen Großschiffahrtsweg von Rheinu zu Donau und zur Schiffarmachung des Oberrheins. — Ein Antrag Böhmermann endlich empfiehlt die Schaffung eines Reichsamts für Wasserstraßen. Eine konservative Entschlebung regt die Einberufung eines Ausschusses an, der prüfen soll, für welche Wasserstraßen Reichsmittel zu gewähren sind. — Abg. Dr. Mayer-Kaufmann (Centr.) wies darauf hin, daß die Notwendigkeit des vom König Ludwig von Bayern in so dankenswerter Weise geförderten Planes eines Großschiffahrtsweges Rhein-Donau durch den letzten Krieg überzeugend dargelegt worden sei. Von Bamberg aus könnte über die Werra nach eine Verbindung mit der Weser hergestellt werden. — Abg. Frenkel (Zos.) erwartet als Folge der Uebernahme der Wasserstraßen auf das Reich auch eine straffere Zusammenfassung der Eisenbahnen und bezeichnet den Anschluß Württembergs an die großen Wasserstraßen des Reiches als eine Lebensfrage für die Wettbewerbsfähigkeit Württembergs. Der preussische Reichensinger habe Württemberg mit den Schiffahrtsabgaben einen Strich durch die Rechnung gemacht, jenseits hätte Württemberg schon den ersten Spatenstich für seinen Großschiffahrtsplan getan. Ein Württemberger habe schon 13 Millionen Mark für den Zweck getroffen. — Abg. Vin (natl.) empfahl die Verbindung Rhein-Donau über den Neckar als kürzer und billiger, als die über den Main. Hoffentlich würden aber beide Kanäle gebaut. Die deutschen Wasserstraßen der Zukunft müßten Reichsstraßen sein. Auch die Ausbahrung der Wasserkräfte müsse das Reich in die Hand nehmen. — Abg. Dr. Müller-Weinigen (Sp.) trat für den

Kusbau der Rhein-Donau-Wasserstraße ein. Die Donau sei das Zentralnervensystem des künftigen Mitteleuropas. Die anderen Kanäle, insbesondere der Mittellandkanal, dürften aber unter keinen Umständen unter den Rhein-Donau-Projekten stehen. Seine Freunde nehmen den nationalliberalen Antrag im Sinne einer weiteren Vereinfachung des gesamten deutschen Verkehrsnetzes an. — Abg. v. Brockhausen (kons.) wies darauf hin, daß uns die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck und der Mehrheitsparteien allein in den Stand gesetzt habe, den Krieg durchzuführen, und daß die preussische Verwaltung gemeinsam mit den Parlamenten mit vorzüglichem Fleiß alles getan habe, was zur Entwicklung unferes Verkehrsnetzes nötig war, ohne um die Wank der Massen zu hinken. Die Verhältnisse hätten sich seit Erlaß der Reichsverfassung grundtätig geändert. Wir hätten damals nur Privatbahnen, deshalb war der Kusbau der Kanäle von größter Wichtigkeit. Jetzt, wo wir die Staatsbahnen haben, liegen die Dinge anders. Die Uebernahme der Eisenbahnen durch das Reich würde nur eine Verkehrserleichterung bedeuten. Redner befürwortet den konservativen Antrag und kündigt für den Fall seiner Ablehnung für die dritte Lesung Anträge seiner Fraktion für bestimmte Strecken an. — Staatssekretär Dr. Helfferich teilte mit, daß ein Antrag der württembergischen Regierung auf Reichshilfe zum Kanalbau eingegangen ist. Die Verhandlungen der verbandeten Regierungen über den Kanalbau würden so gefördert werden, daß er bei der dritten Lesung bereits nähere Angaben machen zu können hoffe. — Ein Antrag Böhmermann auf

Schaffung eines Reichsamts für Wasserstraßen

wurde durch Stimmensprung mit 125 gegen 110 Stimmen, der Antrag Reichsling in einfacher Abstimmung angenommen, der konservative Antrag abgelehnt. Damit ist die Aussprache über das Reichsamt des Innern erledigt. — Zum

Etat der Reichsjustizverwaltung

beantragt der Haushaltsauschuß Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch den für den Reichsjustiz ein Anspruch auf Herausgabe solcher Gewinne begründet wird, die bei direkten oder indirekten Versteigerungen durch übermäßige Preise entstanden sind. Weiter verlangt er einen Gesetzentwurf zur wirksamen Bekämpfung des Kriegswuchers und zur Einziehung der erlangten wucherischen Vermögensgewinne in allen Fällen. Auch alle durch verbotenen Käuf und d. erzielten Gewinne sollen für verfallen erklärt werden. Die Pfändbarkeit von Lohn, Gehalt und ähnlichen Ansprüchen soll weiter eingeschränkt werden. — Ein Antrag Dr. Müller-Weinigen (fortsch. Sp.) verlangt, daß die Bekanntmachung über die Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen auch auf Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften des Belagerungszustandes ausgedehnt werde. — Ein Antrag Dr. Schmidt-Dove, der auch von anderen Parteien unterzeichnet ist, will den Hypothekendarlehen, Sparkassen usw. das Recht geben, bei Hypothekendarlehen die mündelbare Beilegung so weit zu überschreiten, bis ihnen von öffentlichen Körperschaften für den Mehrbetrag der Beilegung Bürgschaft geleistet wird unter der Voraussetzung, daß eine Tilgung des Ueberschusses des Kapitalbetrags regelmäßig erfolgt. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt ein Gesetz, durch das die Rechtsverfolgung ermöglicht wird, wenn ein Gericht sich selbst als unschuldig erklärt hat.

In der Russische

verlangt Abg. Dr. Böhmer (Centr.) schriftliche Bestätigung des Kriegswuchers. Wucherer sollten in voller Höhe eingezogen werden. Das Volk verheißt es einfach nicht, daß ein Mann, der 40 000 Mark durch Kriegswucher erworben hat, mit 4000 Mark befreit wird, ohne daß er das Sühngeld abgeben müsse. Im Gegensatz zu der milden Bestrafung der Wucherer hebe die oft allzu harte Bestrafung kleiner Leute wegen Verhehlungen gegen Kriegsverordnungen. — Abg. Heine (Zos.) verlangte gleichfalls, daß die Wucherpreise dem Staate verfallen seien und forderte ferner Herausgabe des Pfändbarkeitsgrenze auf 8000 Mark, angesichts des ständig sinkenden Geldwertes. — Abg. Dose (Sp.) nimmt den Anträgen gegen den Wucherer zu, verlangt aber feste Richtlinien, nach denen sich der Einzelne, der sich wirtschaftlich betätigen könnte. Damit geht die Verichte noch befristet werden, selge folgender Fall: In einem Laden verlangt eine Verkäuferin, daß ihre Ware in eine Tüte eingepackt werde. Die Käuferin lehnte ab und bot ein anderes Einwickelpapier an. Die Tüte koste einen Pfennig. Die Käuferin ging dann zur Polizei und es wurde Anklage erhoben. (Hört, hört!) Es erfolgte Freisprechung. Der Staatsanwalt legte Berufung ein. (Hört, hört!) Und wieder erfolgte Freisprechung. Und solche Streitigkeiten legt im Krieg. — Abg. Dr. Jund (natl.) nimmt gleichfalls den Anträgen gegen den Wucherer zu. Vielleicht könne man im Wege der Zivilklage gegen unrechtmäßigen Gewinn vorgehen. Nach dem Erlaß müsse das Reichsjustizamt eine fahrende Stellung erhalten und ihm neue Aufgaben und neue Kräfte zugeführt werden. Seine Freunde wollten ein Reichsverwaltungsgericht. — Abg. Goldschke (kons.) sprach die Zustimmung seiner Partei zu den vorliegenden Anträgen und Entschlehnungen an. In der Bildung von Reichsjustizamt müsse weitergegangen werden. — Staatssekretär des Reichsjustizamts wies erklärte, ein Rückgang der Rechtspflege sei in keiner Weise festzustellen. Im Gegenteil, die Verichte hätten in voller Weise ihre Schuldigkeit getan. Die den Kriegswucher betreffenden Fragen seien dauernd Gegenstand der Ermahnungen. Es ergeht nicht anständig, im Wege des Zivilprozesses übermäßige oder unläutere Gewinne für den Staat einzuziehen. Die Strafsache seien aber erheblich vermindert worden. Darauf erfolgte Böhmermann auf morgen 14 Uhr. Geschäftsentswurf über Milderung des Strafrechts. Etat der Justizverwaltung, des Reichsjustizamts und der Polizeiverwaltung. — Schluß nach 7 Uhr.

Nr. 61
„Deutscher Reichsboten“
Sonnabend, 24. März 1917
Seite 8